

Zahl der Drogentoten 1993 zurückgegangen

BONN. Die Zahl der Drogentoten ist 1993 um 17,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Im vergangenen Jahr starben in der Bundesrepublik 1 738 Menschen an den Folgen des Rauschgiftkonsums, teilte der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Eduard Lintner, in Bonn mit. 1992 waren noch 2 099 Drogenabhängige an den Folgen ihrer Sucht gestorben. Auch die Zahl der Erstkonsumenten von harten Drogen ging 1993 um neun Prozent zurück. **afp**

Klinikträger: Sorgenbündel

DÜSSELDORF. „Die finanzielle Situation der Krankenhäuser wird von der Nachfrage, den erbrachten Leistungen und nicht zuletzt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Tarifentwicklung mitbestimmt. Wenn die Kassenbeiträge zurückgehen, fällt auch die Seehofersteigerungsrate für die Krankenhausbudgets niedrig aus. Das verschärft die Situation der Kliniken – im Westen wie im Osten. Besonders betroffen sind die Krankenhäuser, die im Vergleich zum Basisjahr 1992 mehr Patienten mit schwereren Krankheitsbildern und als Folge davon höhere Sachaufwendungen und höhere Medikamentenausgaben haben. Vieles weist darauf hin, daß es unterschiedliche Lastenverschiebungen gibt und daß die Krankenhäuser der höheren Versorgungsstufe besonders davon betroffen sind.“ Dies betonte Dr. jur. Klaus Pröbldorf, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V. (DKG) gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt.

Die Krankenhäuser in den neuen Bundesländern seien einem großen Anpassungsdruck ausgesetzt. Es sei absehbar, daß demnächst auch dort die Patienten zwischen

Krankenhäusern in Ost und West frei wählen können. Zur Vermeidung eines größeren „Patiententourismus“ müßten die Krankenhausträger rechtzeitig handeln, um die Attraktivität und Leistungsfähigkeit ihrer Krankenhäuser zu erhöhen, Anstrengungen, die durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Januar 1993 über den Wegfall der öffentlichen Förderung für die Instandhaltungskosten gebremst werden. Hier muß nach Meinung der DKG der Gesetzgeber umgehend eine klare gesetzliche Basis schaffen, damit die Länder auch weiterhin fördern können.

Gesetzlicher Korrekturen bedarf es nach Darstellung der DKG auch, um die neuen Behandlungsformen der Krankenhäuser – vor- und nachstationäre Behandlung, ambulantes Operieren – in Schwung zu bringen. Es habe sich als entscheidendes Hemmnis herausgestellt, daß die Krankenhäuser nach dem GSG auf den Stationen eingesparte Personalstellen nicht zur Verstärkung im Funktionsbereich einsetzen können, sondern die ersatzlose Streichung im Budget hinnehmen müssen. **EB**

Großdruckbücher: Neue Auswahlliste

FREIBURG. Großdruck hilft allen, die trotz Brille ein größeres Schriftbild wünschen oder brauchen. Der Deutsche Caritasverband hat aus dem Angebot der Verlage in seiner jährlichen Liste rund 130 Bücher zusammengestellt, überwiegend Erzählendes und Heiteres, außerdem Bücher zur Besinnung und Sachbücher. Auch Hinweise auf Literatur-Kassetten und Hörbüchereien sind zu finden.

► Die Liste „Eine Auswahl Großdruckbücher 1994“ kann unentgeltlich angefordert werden beim Deutschen Caritasverband, Caritas-Korrespondenz, Postfach 420, 79004 Freiburg. **WZ**



Am 16. Oktober 1994 findet die Bundestagswahl statt. Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes sind rund 200 000 Personen weniger berechtigt, ihre Stimme abzugeben, als dies vor vier Jahren der Fall war. 57,3 Millionen der im Bundesgebiet lebenden wahlberechtigten Deutschen hatten schon mindestens einmal die Gelegenheit, dieses Recht auszuüben. Fast drei Millionen sind „Neuwähler“.

Ausland

Ministerkonferenz gegen Legalisierung von Drogen

STRASSBURG. Auf ihren letzten Sitzungen im Februar in Straßburg hat sich die Ministerkonferenz des Europarates ausdrücklich gegen die Legalisierung des nicht medizinischen Gebrauchs von illegalen Drogen ausgesprochen. In der Abschlusserklärung wird außerdem eine intensive Kooperation und Koordination aller europäischen Staaten bei der Bekämpfung des Angebotes an Drogen und der Reduzierung der Nachfrage befürwortet.

An der Konferenz zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und illegalen Drogenhandels nahmen Minister aus rund 40 Ländern, darunter Rußland, Albanien, der Ukraine und Kroatien teil.

Die Ministerkonferenz verabschiedete ein Aktionsprogramm für die nächsten drei Jahre, das unter norwegischer Präsidentschaft umgesetzt werden soll. Im Vordergrund dieses Programms

steht die Reduzierung der Drogennachfrage durch verstärkte Prävention. Gleichzeitig wird auch Wert darauf gelegt, den Informationsaustausch über illegalen Drogenschmuggel und -handel auf Großflughäfen oder Seehäfen zu verbessern. **WZ**

Elsaß: Erfolg mit Brustkrebs-Vorsorge

STRASSBURG. Das 1990 im Elsaß mit Unterstützung der Europäischen Union gestartete Programm „Ademas“ zur Brustkrebs-Vorsorge hat sich bereits als voller Erfolg erwiesen. Zu diesem Schluß kamen die Initiatoren des Programms in einer ersten Bilanz. Demnach seien 45 700 Frauen dem Aufruf der Ärzte gefolgt und hätten sich einer Mammographie unterzogen. Knapp 24 000 hätten unterdessen bereits die zweite Mammographie hinter sich gebracht.

„Damit haben wir fast 60 Prozent der Frauen in dieser Altersgruppe erreicht“, betont die Krebspezialistin von der Straßburger Universitätsklinik und Koordinatorin des Programms, Beatrice Gairard. Im französischen Landesdurchschnitt unterzogen sich nur zehn Prozent der Frauen über 50 einer solchen Vorsorgeuntersuchung. Seit Beginn der Kampagne konnten nach Angaben von Gairard fast 400 Fälle von Brustkrebs entdeckt werden. Ein Fünftel der Geschwüre sei dank der Mammographie in einem sehr frühen Stadium entdeckt worden.

Die Untersuchungen seien von den etwa 80 niedergelassenen Radiologen der Region vorgenommen worden. Die Kosten des Vorsorgeprogramms von bisher etwa 5,6 Millionen DM würden im wesentlichen von den Krankenkassen, der Region Elsaß und der französischen Krebsliga getragen. Vier Prozent der Mittel stammten aus der Aktion „Europa gegen den Krebs“ der Europäischen Union. **afp**